für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien

VRA

Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Dem Schmutzigen ist alles schmutzig

„Dem Reinen ist alles rein", sagt ein Sprichwort. Auf manche Leute trifft aber eher der Titel dieses Berichtes zu.



Erinnern Sie sich noch an den Mister Brinkley? Das war jener flotte Amerikaner, der vor Jahren einen Film über Österreich drehte. Der Film lief dann im US-Fernsehen, so daß seither jeder Yankee weiß, was Österreich ist: die Heimat von zwar harmlosen, dafür aber arbeitsscheuen, versoffenen Strawanzern. David Brinkley hatte damals nämlich genau das gemacht, was man heute mit dem Modewort Manipulation bezeichnet. Wenn er zum Beispiel österreichische Arbeiter filmte, dann tat er das nicht während der neunstündigen täglichen Arbeitszeit, sondern just in der Mittagspause, wenn die Arbeiter eine Flasche Bier kippten. Und österreichische Kultur suchte Brinkley nicht dort, wo sie hingehört, sondern ausgerechnet in Grinzing, wo gewisse Einheimische (und pikanterweise viele Touristen aus dem Ausland, auch Amerikaner) bei Wein, Weib und Gesang feiern.

Nun hat nach Österreich auch China unliebsame Erfahrungen mit einem „Dokumentarfilmer" gemacht. Der flotte Mann, der in China war, heißt zwar nicht Brinkley, sondern Antonioni, aber er teilt mit ersterem eine bezeichnende Eigenschaft: Er filmt im Gastland nur das, was seinen Vorurteilen entspricht. So sah Antonioni in China etwa den berühmten, 1500 Kilometer langen Rote-Fahne-Kanal mit all den Stauseen und Pumpstationen, welche aus 40 000 Hektar Ödland einen blühenden Garten gemacht haben. Doch an sowas Unpassendes verschwendete der Meister keine paar Meter Film. Auch Autobusse und Traktoren fanden keine Gnade vor seinen Linsen. Nur wenn er einen alten Karren sah, dann surrten die Kameras. Und ein auf eine Dorfstraße pissendes Schwein erregte in Antonioni offenbar verwandtschaftliche Gefühle, so daß er das Borstenvieh behaglich filmte. Dann fuhr der begnadete Künstler nach Nanking und begab sich unter die gewaltige, 6700 Meter lange Yangtsebrücke, um dort — zum Trocknen aufgehängte Wäsche zu filmen. (Schade um die weite Reise, denn zu Hause in Italien, wo die lustig flatternden Windeln geradezu zum Straßenbild gehören, hätte er das gleiche Motiv gehabt.) Ebenso geflissentlich wie die landwirtschaftlichen und technischen Leistungen im neuen China übersah er natürlich auch die medizinischen und kulturellen und filmte deshalb vorzugsweise kranke Leute oder Überbleibsel aus der Kaiserzeit. Um außerdem zu zeigen, wie dumm chinesische Bauern sind, wollte er ein paar von ihnen überreden, vor seiner Kamera zu raufen. Zu seiner Enttäuschung waren sie nicht so dumm, sie weigerten sich, und der geniale Filmschaffende ist seither sauer.

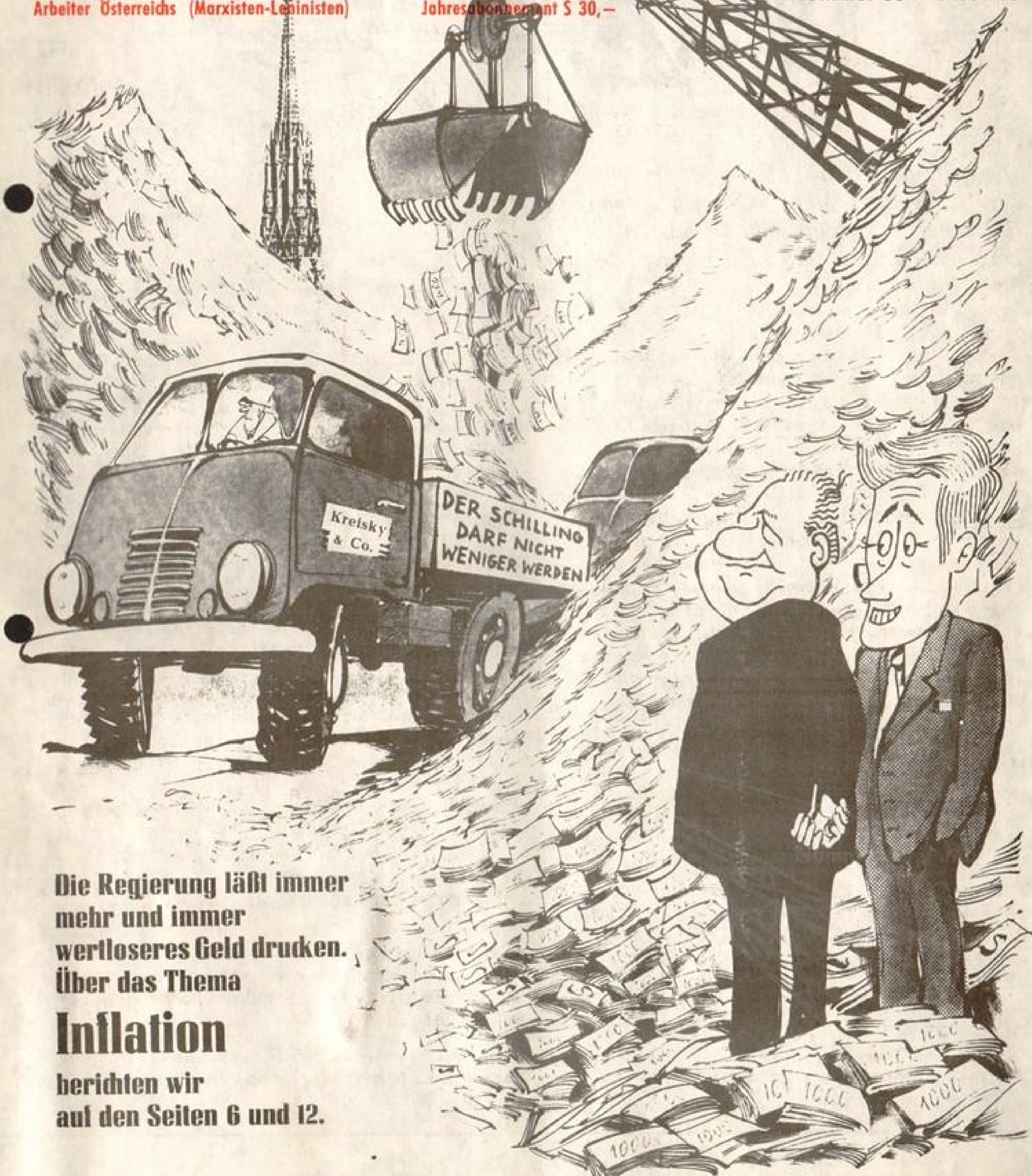
Übrigens wollte es der Zufall, daß jüngst ein österreichisches Fernsehteam nach China fahren sollte. Als die Chinesen jedoch erfuhren, daß der Bacher schon ganz wild drauf ist, den Antonioni-Film auch über die alpenländischen Glotzröhren flimmern zu lassen, da luden sie den ORF vorsichtshalber wieder aus. Heimische Fernsehkonsumenten werden dieses Mißtrauen verstehen: Die Gerissenheit mancher ORF-Manipulanten steht der eines Brinkley oder Antonioni wohl kaum nach. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 86 · Mai 1974



Die Regierung läßt immer mehr und immer wertloseres Geld drucken. Über das Thema

Inflation

berichten wir auf den Seiten 6 und 12.

Der Bundespräsident und die Arbeiter



Die SPÖ hat ihren Wählern bereits allerhand zugemutet. Mutet sie ihnen diesmal (bei Redaktionsschluß steht die Kandidatur noch nicht offiziell fest) sogar einen parteilosen Bürgerlichen zu?

Am 23.Juni soll der neue Bundespräsident gewahlt werden. Die revolutionären Arbeiter, alle Marxisten-Leninisten in unserem Land, haben zu allgemeinen Wahlen (in den Nationalrat und in die Landtage, in die Arbeiterkammer und in die Gemeindeverwaltungen der großen Städte usw.) unter den heutigen Umständen eine entschieden ablehnende Haltung. Denn einer großen, wachsenden Zahl von arbeitenden Menschen Österreichs ist bereits wohl bewußt, daß sie bei solchen Wahlen faktisch nichts zu bestimmen haben, daß die Wahlen von jenen "Oberen" gemacht werden, die die tatsächliche Macht in Politik und Wirtschaft innehaben, daß diesen die Stimmenabgabe der Werktätigen nur dazu dient, ihre volksfeindliche Politik mit einem angeblichen "Volkswillen" zu rechtfertigen. Deshalb werden wir vorschlagen, am 23. Juni einen ungültigen Stimmzettel abzugeben (es besteht Wahlpflicht) und ihn mit dem Bekenntnis zu versehen: "FÜR DIE VOLKSMACHT!"

Für die SP-Arbeiter in ihrer Masse haben aber diese Präsidentenwahlen eine besondere Note. Seit fast drei Jahrzehnten - also einem Zeitraum, welcher der Lebenserfahrung von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten entspricht - wurde die Majorität der Wählerstimmen, und erst recht die überwältigende Mehrheit der Stimmen der Arbeiter und unteren Angestellten, für einen Präsidentschaftskandidaten abgegeben, der prominenter Funktionär der SPÖ war. Karl Renner war in den Augen der SP-Arbeiter ein anerkannter Führer der Sozialdemokratie noch aus den Zeiten der Monarchie. Theodor Körner hatte den guten Ruf eines Kommandanten des Republikanischen Schutzbundes. Adolf Schärf war jahrelang Vorsitzender der SPÖ in der Zweiten Republik. Und Jonas?

Es ist etwas Seltsames um den verstorbenen Franz Jonas. Er war der erste Bundespräsident, der aus der Arbeiterklasse stammte und selbst in jungen Jahren als Lohnarbeiter seine Existenz fristen mußte. Gewiß hat er nicht der Arbeiterklasse gedient, sondern der Klasse der Ausbeuter, die ihm das jetzt auch ausdrücklich bestätigen. Doch der Masse jener SP-Mitglieder, die ihren Führern Glauben schenkten, schien es einleuchtend, daß in einer Zeit, da - wie Kreisky bei der Festsitzung des Parteivorstandes in Neudörfl anläßlich des 100. Jahrestags der Gründung der SPÖ behauptete - angeblich ein "Prozeß der Weiterentwicklung der politischen zur gesellschaftlichen Demokratie" vor sich gehe, ein Mann aus ihrer Mitte "das höchste Amt im Staate" bekleidete.

Nun aber wird ein erklärter Vertreter des Bürgertums, der auch von den Oppositionsparteien als solcher anerkannt ist und den garnichts mit der Arbeiterschaft verbindet, von der SP-Führung zum Nachfolger von Franz Jonas vorgeschlagen. Das muß - auch ohne unser Zutun - unweigerlich schwerwiegende Überlegungen bei den sozialistischen Arbeitern hervorrufen.

Mit dem Tod von Jonas ist - rein äußerlich - eine Epoche in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu Grabe getragen. Es ist jene Epoche, da eine dünne Schichte von "Arbeiteraristokraten", wie K. Marx und F. Engels diese Abtrünnigen nannten, die SP-Politik der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung, d.h. eine Politik der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse, bestimmt hat. Inzwischen ist längst - wie die VRA schon in ihrer Grundsatzerklärung festgestellt hat - ein Häuflein von bürokratischen Kapitalisten (höchstbezahlten Beamten der "Verstaatlichten" und der sogenannten "Gemeinwirtschaft" überhaupt), die im "Bund Sozialistischer Akademiker" ihr Sammelbecken und in der "Bank für Arbeit und Wirtschaft" ihren Lebensnerv besitzen, zum Zentrum der Willensbildung in der SPÖ geworden.

Dadurch ist diese Partei - ungeachtet ihrer proletarischen Mitglieder- und Wählermasse - zu einem politischen Sachwalter des herrschenden staatsmonopolistischen Kapitals geworden. Eben weil die heutige SPÖ ihrem Wesen nach bürgerlich ist, stellt sie in einem Augenblick, da sie sich im Dienst des Kapitals "abgenützt" hat, einen sogar ihren eigenen Parteireihen fremden, ausgesprochen bürgerlichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl auf.

Das ist aber in der Tat eine unerhörte Herausforderung der sozialistischen Arbeiter: Sie sollen also durch den Stimmzettel für Kirchschläger offen bekunden, daß sie nicht mehr für einen (und sei es auch vermeintlichen) Arbeitervertreter, sondern offen für einen Vertreter der Bourgeoisie eintreten! Wir sind überzeugt, daß diese Vorgangsweise der SP-Führung vielen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen öffnet. Zehntausende von Werktätigen werden ungültige Stimmzettel abgeben oder gar, wie wir es empfehlen, "FÜR DIE VOLKSMACHT!" dazuschreiben. Ein solcher Ausgang der Wahlen vom 23. Juni wird zeigen, wie sich das Klassenbewußtsein der österreichischen Arbeiter gehoben hat. ●



Unsere Rede zum 1. Mai

Wir erleben gegenwärtig, wie sich der sogenannte österreichische "Wohlfahrtsstaat" als das entpuppt, was er ist. Ein Staat, in dem es zwar den Kapitalisten wohl ergeht, die arbeitenden Menschen aber mehr und mehr schuften müssen, um auf einen grünen Zweig zu kommen. Österreich zeigt sich als nackter kapitalistischer Staat, was viele lange Zeit nicht glauben wollten.

Im Umweltschmutz der kapitalistischen Profitwirtschaft drohen wir zu ersticken, da hat der arbeitende Mensch von einer 42-Stunden-Woche nichts, weil er tatsächlich viel länger arbeiten muß, um Brosamen des "Wohlstands genießen" zu können. Da krepieren die alten Menschen oder vegetieren hilflos dahin, weil sich niemand um sie kümmert; da liegen die Kranken in den Spitälern auf dem Fußboden, weil zu wenig Betten da sind; da leben sich Familien entzwei, weil das Geldverdienen höher veranschlagt ist als ein gemeinsames Leben; da steigt die Jugendkriminalität, weil ein Leben, wie es die aufoktroierten "Helden" vorzeigen, durch normale, ehrliche Arbeit nicht zu finanzieren ist. Österreich steht mit der Selbstmordrate an zweiter Stelle in Europa, Wohnungswucher und Spekulation blühen. ⇨

Uns allen spürbar wird der Raubzug auf unseren Reallohn in Form der ständigen Geldentwertung. Die Teuerung sei importiert, sagen die kapitalistischen Machthaber. Daran seien die "Erdölscheichs" schuld, posaunen sie hinaus. Tatsächlich ist es aber das kapitalistische System, das zuerst durch eine gelenkte Inflation die Kaufkraft der Löhne ständig herabgesetzt hat, was sich kraft der Mechanik der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr zu einer galoppierenden Geldentwertung auswächst.

Die "Erdölkrise" schien den Kapitalisten ein geeignetes Mittel, um die arbeitenden Menschen Österreichs – genauso wie in anderen Ländern Europas – gegen die Völker der Dritten Welt aufzuhetzen und in eine Front mit den Kapitalisten zu bringen. Mit dieser Hetze sollen die arbeitenden Menschen für die Interessen "ihrer eigenen" Ausbeuter eingespannt werden. Das gesamte kapitalistische Weltsystem steckt nämlich in einer tiefen Krise. Und welchen "Ausweg" wollen sie daraus uns Arbeitern zeigen? Nationalismus, Hetze gegen Juden, "Tschuschen", "Kameltreiber" usw., Vergiftung des Volkes mit faschistischen Gedankengängen. Das alles dient dazu, die Massen von ihren tatsächlichen Nöten abzulenken und fur die Absichten des kapitalistisch-imperialistischen Systems einzuspannen.

Werfen wir einen Blick auf die Weltsituation. Man redet von "Entspannung". In Wirklichkeit erleben wir aber ein fieberhaftes Wettrüsten und allseitige Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, die die Welt unter sich aufteilen wollen. Dabei strebt jede von ihnen, sowohl der US-Imperialismus als auch der russische Sozialimperialismus, die Vorherrschaft fur sich an. Deshalb rivalisieren sie miteinander, deshalb schüren sie die bestehenden Unruheherde und schaffen neue. Europa ist Hauptarena ihres Konkurrenzkampfes und es kann zum Hauptschlachtfeld eines neuen Weltkriegs werden. Jedoch nur dann, wenn die Völker es zulassen.

Es zeigt sich aber, daß die Völker nicht gewillt sind, es zuzulassen, daß die Supermächte sie weiterhin als Ausbeutungsobjekt behandeln und zu ihrem Spielball machen. Wir erleben einen neuen Aufschwung des Weltkampfs der Völker gegen Imperialismus und Kapitalismus, für nationale und soziale Befreiung, für den Weltfrieden. Der Sieg der heldenhaften Völker Indochinas hat den US-Imperialismus zu einem weltgeschichtlich bedeutsamen Rückzug gezwungen. Er hat alle Entwicklungsländer der Dritten Welt – das sind mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung – zu einem gewaltigen einheitlichen Kampf für ihre Rechte beflügelt. Die auf ihre Forderung einberufene Sondertagung der UNO über Rohstoffe und Entwicklung zeigt, daß sie entschlossen sind, mit der imperialistischen Ausplünderung ihrer Länder Schluß zu machen und gegen den Willen der Supermächte Amerika und Rußland eine, wie sie es nennen, "Neuordnung der Weltwirtschaft" durchzusetzen. Gleichzeitig erleben wir mit Begeisterung den stürmischen Vormarsch der sozialistischen Revolution in Volks-China, wo die Arbeiter und Bauern immer bewußter ihr Schicksal in der eigenen Hand halten, eine Wiederherstellung des Ausbeutersystems zu verhindern wissen und die Entwicklung zur Aufhebung der Klassen und zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft vorwärtstreiben. Auch die großen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in Albanien, Nordkorea und Nordvietnam sind ein mächtiger Ansporn für die revolutionäre Weltbewegung.

Zwei Strömungen bewegen somit die heutige Welt: die zu einem neuen Weltkrieg führende Strömung der Rivalität unter den beiden Supermächten und die revolutionäre Strömung für den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker und Nationen. Diese beiden Strömungen berühren unmittelbar auch Österreich.

Im Kampf um die Vorherrschaft in Europa versucht jede der beiden Supermächte auf diese oder jene Weise das neutrale Österreich in ihre Einflußsphäre einzubeziehen und gegen den Rivalen einzuspannen. Die bisher bekanntgewordenen russischen Aggressionspläne gegen Österreich in Zusammenhang mit einer Krise in Jugoslawien (Polarka) zeigen deutlich, wie bedrohlich die Lage für unser Volk ist. Die herrschende Klasse in Österreich glaubt, daß sie sich vor dieser Gefahr retten und zugleich an etwaigen Veränderungen mitnaschen könnte, wenn sie weiterhin gegenüber Amerika und Rußland "Diener zweier Herren" spielt und bei den Intrigen der Supermächte mitmischt. Wir aber glauben, daß sich unser Volk nur dann aus einem imperialistischen Konflikt heraushalten kann, wenn Österreich seine absolute Unabhängigkeit wahrt und bekundet, wenn das österreichische Volk im Vertrauen auf die eigene Kraft seine Unabhängigkeit entschlossen verteidigt. Das kann aber nur im entschlossenen Klassenkampf gegen die Kapitalisten geschehen. Denn die herrschende Klasse hat um ihrer Profite willen immer die Unabhängigkeit unseres Landes verraten und ihre bewaffnete Exekutive einzig und allein gegen das eigene Volk eingesetzt.

Die Arbeiter sind stark genug, ihre Interessen erfolgreich zu vertreten. Dafür gibt es glänzende Beispiele. Die englischen Arbeiter haben gezeigt, wie man sich dagegen wehren kann, daß die Kapitalisten die Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen überwälzen. Der großartige Streik der englischen Bergarbeiter hat die Regierung Heath gestürzt, und die englischen Metallarbeiter zeigen, daß sie auch gegenüber der Labour-Regierung auf ihren Rechten bestehen. Die Kämpfe der Arbeiterklasse erschüttern fast alle Länder Europas. Es gibt kaum noch ein stabiles Regierungssystem, eine Regierungskrise jagt die andere auf unserem Kontinent. Auch das ist ein Ausdruck der tiefen Krise des Kapitalismus. Ein wirklicher Ausweg für die arbeitenden Menschen kann nur der Sturz dieses Systems durch die sozialistische Revolution sein.

Wie schaut es aber mit der Hoffnung der österreichischen Arbeiter auf den Sozialismus aus. 1971 hatte die Mehrheit der Wähler für die SPÖ gestimmt. Seinerzeit sagte Otto Bauer, daß in einem solchen Fall der Sozialismus verwirklicht werden könnte. Die Regierung Kreisky hat aber – wie wir es vorausgesagt haben – bloß die Geschäfte der Kapitalisten geführt. Das Ergebnis? Viele Wähler haben ihr den Rücken gekehrt, die SP-Mehrheit ist bereits verloren, eine schwarze oder sogar faschistische Regierung steht vor der Tür. Die Illusionen über einen Weg zum Sozialismus durch den Stimmzettel haben sich wieder einmal in Nichts aufgelöst. Sogar für das Amt des Bundespräsidenten schlägt die SPÖ nicht einmal mehr ein Mitglied ihrer Partei vor.

Den Tod von Franz Jonas nimmt die SPÖ-Führung zum willkommenen Anlaß, um auch die Demonstration am 1. Mai nicht mehr durchzuführen. Das geschieht ganz und gar nicht aus Pietät. Schon lange verfolgten die SPÖ-Führer die Absicht, die Klassentradition des 1. Mai durch Veranstaltungen im sozialpartnerschaftlichen Geist zu ersetzen. Das macht doch deutlich sichtbar, daß die SPÖ-Führung einem klassenbewußten Arbeiter nichts mehr zu bieten hat.

Lauthals bieten sich jetzt die Revisionisten der "K"PÖ den arbeitenden Menschen als angebliche "Alternative" an. Aber ihr Gerede von einem "friedlichen" und "parlamentarischen" Weg zum Sozialismus ist nichts als ein schändlicher Betrug. Diesen Betrug begehen sie ungeachtet aller Erfahrungen, indem sie ein "besseres Wirtschaften" im Kapitalismus vorschlagen, eine stärkere Bindung Österreichs an den russischen Sozialimperialismus (Osthandel) empfehlen und mit ihrer Losung "Kommunisten ins Parlament" die Erlangung von Posten und Pfründen für die "K"P-Bonzen als erstrebenswert für die Arbeiter hinstellen. Die Führer der revisionistischen "K"PÖ sind Diener des russischen Imperialismus und Handlanger des Kapitals. Kein klassenbewußter Arbeiter kann ihnen sein Vertrauen schenken.

Die nackte ПРАВДА



Ein paar tschechoslowakische Revisionisten und ein Funktionär der ‚K'PÖ treffen einander im Magen von Breschnew. „Uns hat der Breschnew gefressen", sagen die tschechoslowakischen Revisionisten. Der ‚K'PÖ-Funktionär: „Ich bin von der anderen Seite hereingekommen."

Diese heutige Maikundgebung zeigt, daß immer mehr klassenbewußte Arbeiter und fortschrittliche Jugendliche den Kampf für die sozialistische Revolution in Österreich und die Schaffung einer marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiterpartei als einzigen Ausweg und dringendstes Erfordernis unserer Zeit erkannt haben.

Ein Überblick über die Weltlage hat uns gezeigt, daß von den beiden Strömungen, die heute die Welt bewegen, die revolutionäre Strömung die Hauptströmung ist. Ohne übertreiben zu wollen, können wir heute feststellen, daß sichtbare Anzeichen vorhanden sind, daß auch bei uns in Österreich diese Tendenz zum Durchbruch kommen wird.

Es lebe die internationale Einheit des Proletariats und der unterdrückten Völker!

Vorwärts zur sozialistischen Revolution in Österreich!

Inflationspolitik

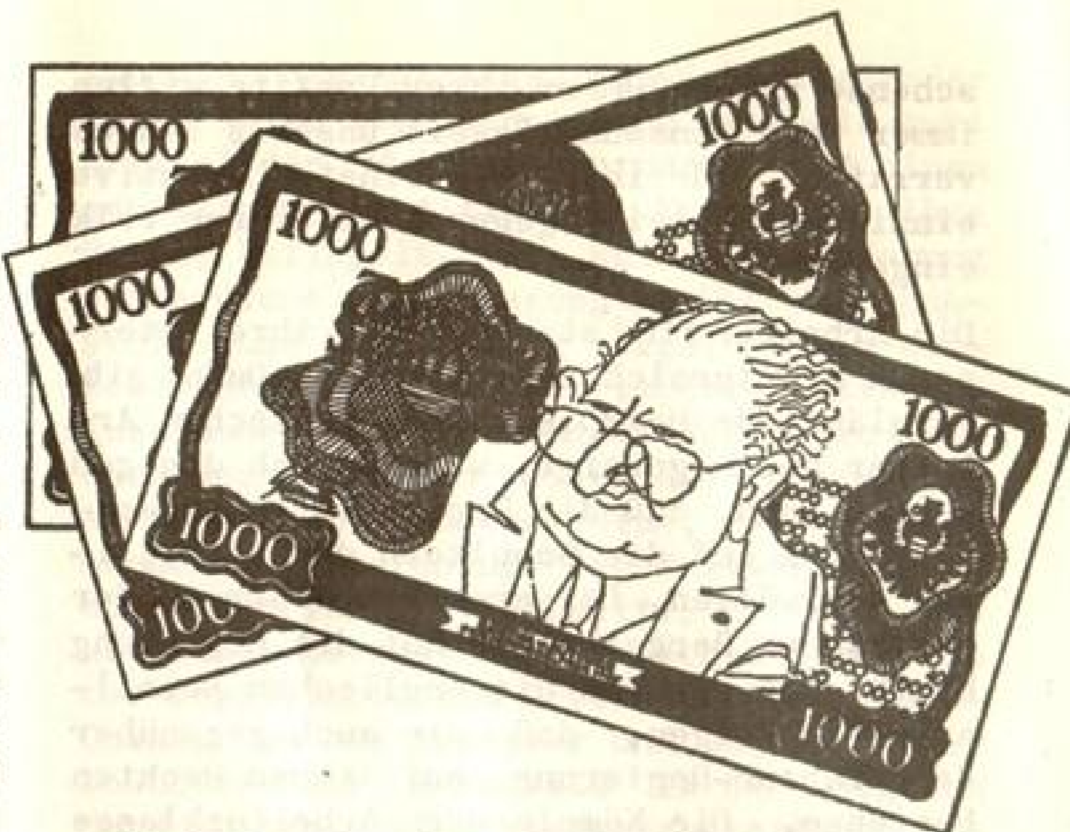
Die Regierung unternimmt was nur menschenmöglich ist. Es ist aber klar, daß die Preise immer steigen werden. So umriß sinngemäß Bundeskanzler Kreisky gegenüber Journalisten die "Maßnahmen" der Regierung gegen die Teuerung. Und Kreisky erklärte, daß er schon "froh" sei, wenn die Inflationsrate in Österreich unter dem Durchschnitt des Auslands sei.

Damit hat der Bundeskanzler sein Repertoire an Beruhigungsphrasen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung um eine völlig neue - bemerkenswerte aber - erweitert. Bemerkenswert deshalb, weil er absolut die Wahrheit gesagt hat. Im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus steigen eben die Preise, weil das ein Mittel ist, den Profit auf Kosten der Werktätigen in verschleierter Form zu erhöhen. Denn mit der Abgeltung für die gestiegenen Lebenshaltungskosten sind die Arbeiter beim System der programmierten Lohnrunden ja ohnehin immer zurück. Und dieser Kreisky-Ausspruch ist auch ein Beweis dafür, daß nicht die Lohnerhöhungen "schuld" sind an den steigenden Preisen. Unternehmer und Gewerkschaftsbonzen "kalkulieren" ja ohnedies immer gemeinsam aus, was sie als "Lohnerhöhung" bei einer Lohnrunde zugestehen.

Dieser Kreisky-Ausspruch hat den Zweck, die Arbeiter mit ständigen Preiserhöhungen vertraut zu machen. Im Verein mit der lügnerischen Behauptung, daß steigende Löhne die "Sache nur ärger machen", soll das dazu führen, daß wir resignieren und alles als unabänderlich hinnehmen. Dem ist aber nicht so. Alles hat seine Ursache. Wenn die Arbeiter erkennen, wieso sich die Dinge in Österreich so entwickeln, können sie auch die entsprechenden Entschlüsse zur Wahrung ihrer Interessen fassen.

Inflationspolitik wird bewußt gemacht

Jahrzehntelang hat die Bourgeoisie mit der geplanten schleichenden Inflation Politik gemacht und ungeheure Gewinne aus der arbeitenden Bevölkerung herausgeholt. Diese Politik beruht darauf, daß der Staat eine effektive Schuldenwirtschaft betreibt, deshalb die ständig steigenden Budgetdefizite. Die Banken verleihen Geld auf künftige Produktion. Es gehört zum Wesen dieser Politik, daß die Banknotenpressen faktisch ununterbrochen laufen und Geld



in Umlauf gebracht wird, das keinerlei wertmäßige Deckung in Form einer Warenproduktion hat. Im großen geschieht, was jeder Arbeiter bereits als Haushaltsbestandteil gewohnt ist, die Verschuldung. Die Ratengeschäfte tätigen wir ja auch in Hinblick auf kommende Verdienste. Dieses "Vorschußgeld" bewirkt aber auf dem Markt ein ständiges Steigen der Preise.

Diese Politik funktioniert aber nur bis zu einer gewissen Grenze. Denn die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaft beruht darauf, daß nur um des Profits willen produziert wird. Je mehr Produktion, desto mehr Profit. Da aber das alles durch Kredite finanziert wird, gerät der Geldumlauf außer Kontrolle, die Preise steigen ins Uferlose (weil dem wachsenden Geldumlauf ein verhältnismäßig immer geringeres Wachstum des Sozialprodukts gegenübersteht). Und so verwandelt sich die schleichende Inflation in eine galoppierende.

Das führt bei den arbeitenden Menschen zur richtigen Erkenntnis, daß sie sich für ihren Lohn mit jedem Tag weniger kaufen können. Um ein Umschlagen der steigenden Unzufriedenheit darüber in politisches Bewußtsein zu verhindern, um die Arbeiter von Kampfaktionen abzuhalten, produziert sich Kreisky im Auftrag des Kapitals gleichsam als Hohepriester des Schicksals: "Kismet" - es gibt nichts dagegen. Daß die Inflationspolitik eine Art der kapitalistischen Ausbeutungspolitik ist, soll weiterhin im Dunkeln bleiben.

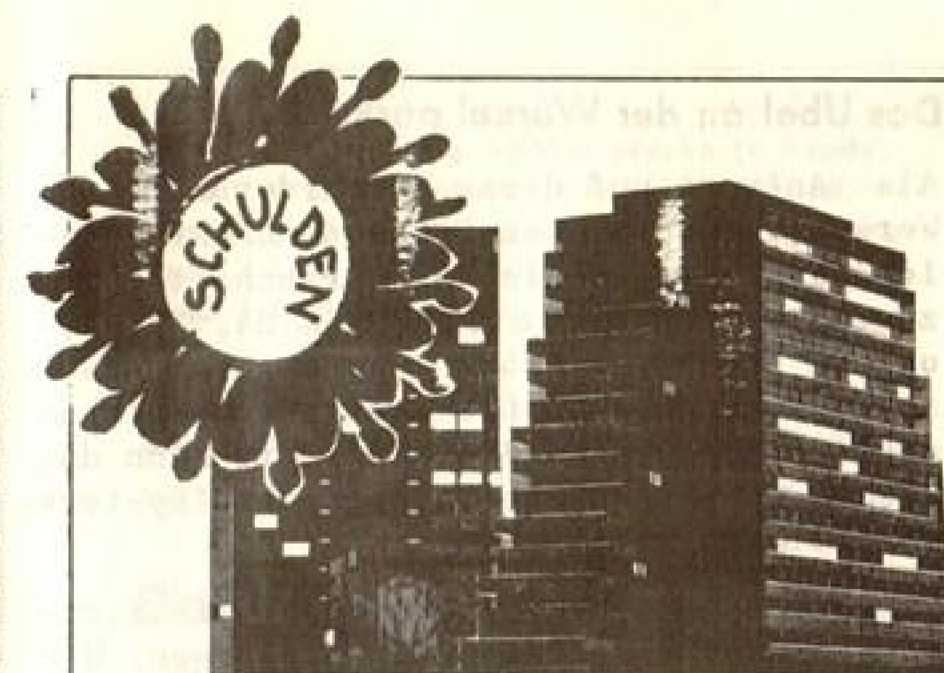
Deflation ist kein Ausweg, sondern offene Ausbeutung

Auch die Unternehmer müssen bei der galoppierenden Inflation fürchten, daß die von ihnen ihren Kunden gewährten Kredite in entwertetem Geld zurückgezahlt werden. Die Banken als Kreditgeber der Industriekapitalisten versuchen sich schadlos zu halten, indem sie immer höhere Zinsen verlangen. Das belastet aber die Produktionskosten dermaßen, daß schließlich die Verdienstspanne der Industriekapitalisten ernsthaft schmäler wird. Diese fragen sich nun: "Wozu haben wir die Krot' geschluckt?" Als einzige Alternative bietet sich in diesem kapitalistischen Ausbeutersystem eine Umkehrung der Wirtschaftspolitik an, nämlich die Deflation. Das heißt, Verringerung des Geldumlaufs durch direkte Herabsetzung der Geldlöhne, durch Einschränkung der Kredite und Kürzung der Budgetausgaben. Das bedeutet ungeschminkte und offene Erhöhung der Profite auf Kosten der Arbeiter, indem der Lohn gesenkt und die Arbeitslosenzahl erhöht wird. Mit den Schlagworten "Sparsamkeit", "Einschränkung", "den Gürtel enger schnallen" melden sich die Befürworter dieser "Alternative" kapitalistischer Ausbeutungspolitik zu Wort.

Einer, der es "darauf ankommen lassen will", ist der SPÖ-Wirtschafter Karl Ausch, pensionierter Generalrat der Nationalbank. Auf Grund seiner Erfahrungen in den zwanziger Jahren - damals wurde ebenfalls eine galoppierende Inflation von einer Deflation abgelöst - gibt er offen und rückhaltlos seine Auffassungen kund. Schon am 9. 11. 1972 schrieb er in der "AZ": "die Stabilität des Geldwertes" sei "gerade durch Lohn- und Gehaltserhöhungen bedroht" und "eine Erhöhung der Arbeitseinkommen führe nur zu einer Beschleunigung der Geldentwertung". Im März 1974 ("Die Zukunft") verlangt Ausch sogar ein Abgehen vom Prinzip der Vollbeschäftigung, damit an Stelle der Knappheit an der Ware Arbeitskraft, die wie bei jeder Ware, zu Preiserhöhungen (in diesem Fall zu Lohnerhöhungen) führe, eine gewisse Reserve an Arbeitslosen (mindestens drei Prozent) trete, die auf die Löhne drücken muß.

Ausch sagt damit ehrlich, worauf es in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ankommt: Die Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn die arbeitenden Menschen immer mehr ausgebeutet und ausgesackelt werden. Sei es durch Inflation, sei es durch Deflation. Etwas anderes kann es in diesem System nicht geben.

Freilich sehen die Geschäftsführer des kapitalistischen Staates in der Regierung eine solche "Offenheit" nicht gerne, wollen sie doch den Betrug vom "Staat, der wir alle sind" und von der "Partnerschaft im gemeinsamen Interesse" möglichst lange aufrechterhalten. Denn von einer erwachenden Arbeiterschaft, die zum Klassenkampf antritt, haben sie eine Heidenangst.



Die Wirtschaft blüht – als Sumpfblüte

In einem Gespräch mit einem Aktivisten der VRA bemängelte der Polier einer großen Baufirma die Arbeit jugoslawischer und türkischer Arbeiter. "Sie wissen nicht einmal, wie sie eine Schaufel halten sollen", sagte er. Unser Genosse stellte nun die Frage, warum die Firma denn solche Arbeiter beschäftige? Die Antwort des Poliers: "Wir haben keine Leute, müssen aber diese Baustelle anfangen, damit wir einige Millionen als Vorschuß bekommen, denn die Firma hat kein Geld."

Aus der Debatte ergab sich folgendes allgemeingültige Bild in der Bauwirtschaft. Die Unternehmer leben von riesigen Millionenbeträgen, die für künftige Aufträge bereits bezahlt wurden und von Krediten auf diese Aufträge. Geht dieses Spiel nicht ständig weiter, kommt es zum Zusammenbruch, weil die Firmen ihre Verpflichtungen nicht einhalten können.

"Wenn auch nur einige Großaufträge storniert werden, kann die Bauwirtschaft den Konkurs anmelden", waren die abschließenden Worte des Poliers.

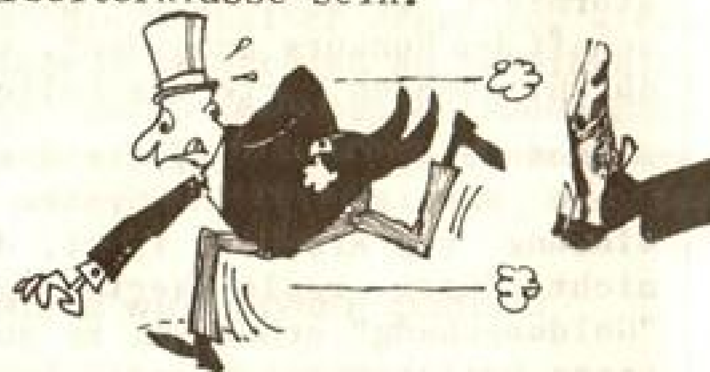
Dieses Beispiel zeigt, wie das verfaulende kapitalistische System zur Aufblähung von Krediten führt, die einen nicht durch reale Werte gedeckten "Geldüberhang" schaffen. Es zeigt die ganze Unsicherheit unserer Existenz in diesem System.

Das Übel an der Wurzel packen!

Als Antwort auf diese Aufforderung an die Werktätigen, direkten Lohnraub und Arbeitslosigkeit zum "Wohle der Wirtschaft" hinzunehmen, schreibt die "AZ" am 24. 3. 1974 offen, uns bliebe eben "nur die Wahl zwischen zwei Übeln". Die Arbeiterschaft hat aber eine ganz andere Wahl: Sie kann das Übel des gesamten kapitalistischen Systems beseitigen.

Wir haben nicht die Sorge für die Wirtschaft der Kapitalisten zu tragen. Wir müssen unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen, wir müssen Preiserhöhungen und Steuerdruck konsequent bekämpfen. Daß dieser Kampf die Profite der Kapitalisten bedroht und letzten Endes zum revolutionären Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems, zur Volksmacht und zum Sozialismus führen muß, ist nur logisch. Wer den Arbeitern einreden will, daß sich im kapitalistischen System an ihrem Zustand als ausgebeutete Klasse irgendetwas ändern läßt, ist ein Arbeiterverräter, ein Arbeiterfeind. Nicht nur die SPÖ-Bonzen tun das, diesbezüglich machen sich auch immer mehr die Führer der "K"PÖ bemerkbar. Sie erweisen sich damit als feste Stütze des kapitalistischen Systems. Ihren Lohn dafür erhalten sie in Form zunehmender Förderung und Propagierung seitens der herrschenden Klasse.

Die Antwort der Arbeiterschaft an diese Arbeiterverräter muß ein Tritt sein, der sie auf den Misthaufen der Geschichte befördert; muß die Formierung zu selbständigen Kämpfen, gestützt auf die eigene Kraft, die Organisierung der bewußten Kader zu einer wirklich revolutionären Partei der Arbeiterklasse sein.



Im Sozialismus gibt es weder Inflation noch Deflation, weil die Produktionsmittel und damit die Produkte nicht einem Häuflein von Nichtstuern, sondern der Gesamtheit der arbeitenden Menschen gehören und diese daher nicht Höchstprofite der Kapitalisten, sondern für die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen produzieren. ●

Die neue Bourgeoisie

Die österreichischen Revisionisten, die Führer der "K"PÖ sollen in der Politik eine ganz besondere Rolle spielen. Sie haben die Funktion des "Notventils" übernommen, sie sind dazu da, um unzufriedene Arbeiter "einzufangen" und sie vom entschlossenen Kampf gegen die Politik der Kapitalisten abzuhalten. Aber um eine solche Rolle spielen zu können, genügen nicht nur bezahlte Apparatschiks, sondern die Revisionisten brauchen auch ein "Fußvolk" von Arbeitern und anderen Werktätigen. Um dieses zu gewinnen, werfen die revisionistischen Bonzen mit pseudorevolutionären Phrasen um sich. Damit wollen sie darüber hinwegtäuschen, daß die "K"PÖ schon lange keine proletarische, keine wirklich kommunistische Partei mehr ist. Sie wollen verschleiern, daß sie schon seit langem eine Politik verfolgen, die dem Kapitalismus dient.

„Friedlicher Spaziergang" zum Sozialismus?

Bereits 1958 hat die "K"PÖ den Revisionismus, die Entstellung des wissenschaftlichen Sozialismus zu ihrem Parteiprogramm erhoben. Damals behaupteten die Revisionisten im Gefolge Chruschtschows, die Arbeiterklasse könne im entschlossenen Kampf gegen das Kapital und für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung "eine feste Mehrheit im Volk und Parlament erobern und das Parlament, hinter dem sich ... die Herrschaft des Kapitals verbirgt, zu einer Körperschaft im Dienste des Volkes und des Sozialismus machen." Daß es aber unmöglich ist, den Sozialismus friedlich und auf parlamentarischem Wege zu erreichen, das hat die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zigfach - zuletzt in Chile - gezeigt.

Natürlich würde es die Arbeiterklasse vorziehen, ihre Herrschaft friedlich und ohne Blutvergießen zu errichten. Aber die Bourgeoisie wird niemals kampflos abtreten. Die Kapitalistenklasse und ihr Staat haben ungeheure Machtmittel in ihren Händen konzentriert, und letzten Endes stützt sich die Herrschaft des Kapitals auf den Gewaltapparat des bürgerlichen Staates, auf Polizei und Gendarmerie, auf das reaktionäre Bundesheer. Die Kapitalisten werden nicht zögern, diese Machtmittel einzusetzen. Darum kann die Arbeiterklasse ihre Herrschaft nur errichten, wenn sie sich bewaffnet und die Bourgeoisie entwaffnet, wenn sie der konterrevolutionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegensetzt.

Lenin hat darauf hingewiesen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie von der Arbeitermacht als allgemeine Regel nur durch die gewaltsame Revolution abgelöst werden kann. "Die Notwendigkeit,- schrieb Lenin in "Staat und Revolution" - die Massen systematisch in diesen und gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der ganzen Lehre von Marx und Engels zugrunde."

Die "K"PÖ-Führer lügen aber auch heute noch der Arbeiterklasse die Möglichkeit eines friedlichen, unbewaffneten Weges zum Sozialismus vor. Und sie tun das nach den chilenischen Erfahrungen.

„Antimonopolistische Demokratie"?

Das Ziel der "K"PÖ ist eben nicht der Sturz der herrschenden Klasse, sondern die Reform des Kapitalismus bei Beteiligung der Revisionisten an der Macht. Das tritt auch deutlich im neuesten Schlagwort der "K"PÖ zutage. Dieses Schlagwort ist die sogenannte "antimonopolistische Demokratie". Die Parteiführer der "K"PÖ halten es nämlich für "möglich und zweckmäßig, noch vor der Errichtung der Arbeitermacht eine antimonopolistische Demokratie zu erkämpfen" (These 53 der neuen "Leitsätze" der "K"PÖ). Diese sei ein sogenannter revolutionär-demokratischer Staat, in welchem das Monopolkapital entmachtet sei. Und der Revisionist Wimmer behauptete, daß solche revolutionär-demokratische Staaten, "die nicht mehr die Diktatur des Kapitals sind und noch nicht die Diktatur des Proletariats", die Regel beim Heranführen an den Sozialismus seien ("Weg & Ziel" Nr.3/74).

Eine solche "antimonopolistische Demokratie" als Zwischenstufe zwischen der Kapitalsherrschaft und der Arbeitermacht ist aber ein ausgemachter Unsinn, der nichts, aber auch gar nichts mit dem Marxismus zu tun hat. Entweder haben die Ausbeuter, die Kapitalisten die Macht - dann ist der Staat ein Staat der Reichen; oder die Arbeiterklasse herrscht mittels des proletarischen Staates. Aber ein Mittelding, ein Staat, der weder Fisch noch Fleisch ist, der "nicht mehr" ein bürgerlicher und "noch nicht" ein proletarischer ist, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Lenin erklärte gegenüber derartigen revisionistischen Vorstellungen unmißverständlich, "daß die Übergangsstufe zwischen dem Staat als Herrschaftsorgan der Kapitalistenklasse und dem Staat als Herrschaftsorgan des Proletariats eben die Revolution ist, die im Sturz der Bourgeoisie und im Zerbrechen, im Zerschlagen der Staatsmaschine der Bourgeoisie besteht..." ("Ein neues Buch von Vandervelde über den Staat".)

Die Losung einer "antimonopolistischen Demokratie" ist daher nichts anderes als der Verzicht auf die Revolution, der Verzicht auf den Sturz des Kapitalismus.

In den Leitsätzen des 22. Parteitags der "K"PÖ wird behauptet, daß durch die famose "antimonopolistische Demokratie" die ökonomische und politische Macht des Monopolkapitals gebrochen werde, und der Revisionist Wimmer erläuterte, daß die Entmachtung der Monopole das Hauptmerkmal der antimonopolistischen Demokratie sei.

Die Monopole (und nicht allein diese, sondern die Kapitalisten überhaupt) sind jedoch nur entmachtet, wenn die Staatsmacht wirklich in den Händen des Volkes liegt, wenn die arbeitenden Menschen wirklich die Staatsangelegenheiten in die eigenen Hände nehmen können. Entmachtung der Monopole heißt Errichtung der Volksmacht, heißt Revolution!

Das bedeutet Zerschlagung des Machtapparates des kapitalistischen Staates und Bewaffnung des arbeitenden Volkes. Das bedeutet ferner, daß an Stelle des Schwindelparlaments, das in Wahrheit gar nichts entscheidet (denn die Entscheidungen fällen die Kapitalisten mit Hilfe der hohen unabsetzbaren und von niemandem gewählten Bürokratie), eine echte Volksvertretung treten muß: Die arbeitenden Menschen stimmen nicht über von Parteisekretariaten zusammengestoppelte Listen ab, sondern

sie wählen in geheimer Wahl Vertrauenspersonen aus ihrer Mitte; gesetzgebende und vollziehende Gewalt müssen vereint sein, d.h. die Vertreter des Volkes müssen auch für die Durchführung der Gesetze unmittelbar verantwortlich sein. Die Abgeordneten und die Funktionäre des Staates müssen weiters unter ständiger Kontrolle ihrer Wähler stehen, diesen Rechenschaft ablegen und von ihnen jederzeit abgesetzt werden können, falls sie das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigen. Und die Abgeordneten und Funktionäre genießen keine Privilegien, sondern beziehen den gleichen Arbeitslohn wie vor ihrer Wahl.

Ein solcher Staat, nach dem Vorbild der Pariser Kommune, also ein Staat der Diktatur des Proletariats, würde den Massen des Volkes breiteste Demokratie ermöglichen und die gestürzten Ausbeuterklassen unterdrücken, um die Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern. Ohne die proletarische Diktatur ist es aber ein glatter Betrug, von einer Entmachtung der Monopole zu reden.

Was will die „K"PÖ?

Die "K"PÖ will aber auch gar keine wirkliche Entmachtung des Kapitals. Ihr wahres Ziel, das sie unter dem Namen "antimonopolistische Demokratie" als Fortschritt ausgeben will, ist es, einem vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Durchbruch zu verhelfen. Einer solchen Gesellschaftsordnung also, wie sie von der neuen Bourgeoisie in Rußland nach dem Sturz der Arbeitermacht dort errichtet wurde. Die "K"P-Führer sind gegen die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und gegen den Sozialismus. Ihr "Ideal" ist es, daß an die Stelle der "privaten" Monopolkapitalisten beamtete, bürokratische Kapitalisten treten und daß der Staat als hauptsächlichster Ausbeuter die Produktionsmittel übernimmt.

Die "antimonopolistische Demokratie" spiegelt den Traum der "K"PÖ-Führer vom "friedlichen Weg" zu den Ministersesseln wider. Was die revisionistischen "Größen", die Muhri, Wimmer, Scharf usw. wollen, das ist nichts anderes, als sich als solche neue bürokratisch-kapitalistische Machthaber zu etablieren.

Sie sagen "echte" Mitbestimmung und meinen damit, daß auch sie in Staat und Wirtschaft bestimmen wollen; sie sagen "antimonopolistische Demokratie" und meinen, daß sie imstande seien, im Namen des Kapitals zu herrschen.

Aber natürlich sind solche Absichten nur Träume, denn die arbeitenden Menschen mißtrauen den "K"P-Bonzen. Diese sind unglaubwürdig. Darum stützt sich letztlich deren Hoffnung, an die Macht zu kommen, auf den großen Bruder, auf den russischen Imperialismus. Deswegen betonen auch die Leitsätze des letzten "K"P-Parteitags, daß Österreich den Rückhalt der "sozialistischen" Staaten brauche, weil diese ein "maximales Gegengewicht" gegen die Einmischung imperialistischer Mächte in innere Auseinandersetzungen geben können. Wie ein solches "Gegengewicht" aussieht, das haben ja die Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 hinreichend bewiesen.

Es ist offensichtlich, daß viele ehrliche Mitglieder der "K"PÖ den nunmehr offenen Verrat der revisionistischen Führer am Sozialismus nicht ohne weiteres hinnehmen werden. Das äußerte sich auch in den Diskussionsbeiträgen, welche vor dem Parteitag der "K"PÖ in der "Volksstimme" veröffentlicht wurden. Hier wurden auch kritische Stimmen laut und einige "K"P-Mitglieder versuchten ihr Unbehagen abzuschwächen, indem sie der neuen Losung von der "antimonopolistischen Demokratie" doch noch irgendeine marxistische Deutung geben.

Damit dieses Unbehagen nicht noch stärker wird, haben die revisionistischen Führer ihren Organisationen jede Aktionseinheit mit Marxisten-Leninisten verboten. Das beweist deutlich, welche Angst sie vor dem Marxismus-Leninismus haben.

Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Partei

Die SPÖ und die "K"PÖ sind heute Parteien, die dem Kapital dienen. Damit die Arbeiterklasse ihre Interessen verteidigen kann und damit sie schließlich ihre Herrschaft errichten kann, ist es notwendig, daß sie sich von allen falschen Freunden vom Schlage der SP- und "K"P-Bonzen freimacht. Es ist für sie notwendig, daß sie eine wirklich revolutionäre Klassenpartei besitzt, die sie zum Siege führen kann. Denn nur der Marxismus-Leninismus bietet den arbeitenden Menschen eine Perspektive. Diese wollen letztlich weder die Sozialpartnerschaftspolitik noch den revisionistischen Staatskapitalismus, in ihrem Interesse liegt einzig und allein die Errichtung der Volksmacht, die sozialistische Revolution in Österreich! ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



»Ich bin für einen Preisstopp, so wahr ich hier stehe!«

Nach der Wahlniederlage in Salzburg ist die Unruhe in der SPÖ-Führung begreiflicherweise groß. Zwar gab es Beschönigungsversuche — fürs Publikum —, aber die Bonzen wissen letztlich ganz genau, daß der Verlust an Wählerstimmen unmittelbar mit der wachsenden Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung über die Regierungspolitik zusammenhängt. „Es muß etwas geschehen", dachten daher Kreisky & Co. Was nun natürlich nicht bedeutet, daß etwas in Hinblick auf die Verbesserung der Lage der Werktätigen „geschehen müsse". Sowas zu erwarten, wäre ein verhängnisvoller Irrtum, denn die SPÖ-Führer dienen nicht nur der kapitalistischen Ausbeutungspolitik, sie sind als bürokratische Kapitalisten ja selbst schon Teil der Ausbeuterklasse. In den Augen der SPÖ-Führer muß vielmehr „etwas geschehen", um ihren verminderten Einfluß wieder zu stärken. Einerseits bedeutet mehr Einfluß auf die Bevölkerung mehr Posten und Pfründen für die Parteibonzen, anderseits sollen die arbeitenden Menschen nicht erkennen, daß nicht nur die ÖVP eine Unternehmerpartei ist, sondern auch die SPÖ. Deshalb hat Kreisky namens der Regierung verkündet, „ein Preisstopp muß her", und Gewerkschaftsboß Benya hat großzügig dazu gesagt, daß ein Preisstopp nicht unbedingt einen gänzlichen Lohnstopp zur Folge haben müsse. So also glauben Kreisky, Benya und die ganze Führungsclique der SPÖ, die arbeitenden Massen wieder einmal beruhigen zu können. Es ist nämlich tatsächlich so, daß große Teile der Bevölkerung glauben, es könne zu einem Einfrieren der Preise kommen.

Weil zu einem Preisstopp-Beschluß aber die Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig ist, so wollen Kreisky und sein Team zwei Fliegen mit einem Schlag treffen. Denn dann ist die ÖVP „schuld", wenn ein Preisstopp nicht zustande kommt (was von vornherein einkalkuliert ist). Jeder Lehrer einer Schauspielschule hätte seine Freude dran, würden seine Schüler die Kunst des Theaters so beherrschen wie die Bonzen der österreichischen Großparteien. Die jeweilige Rolle ist bis zum letzten einstudiert, damit das Publikum — das österreichische Volk — an der Echtheit nicht zweifelt. Eins ist trotzdem klar: im kapitalistischen System wird es niemals stabile Preise geben. Und selbst dann, wenn SPÖ und ÖVP formelle Lohn- und Preispakte schließen (wie 1948 bis 1950), so tun sie das auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, weil eben ein Kapitalist gar nicht anders kann, als sich auf Kosten des Arbeiters zu bereichern.

Vom Preisstoppgerede jedenfalls haben wir nichts. Wenn aber die Regierung wirklich etwas für uns tun will, dann soll sie die „preisgebundenen" Lebensmittel verbilligen — zum Beispiel durch Verzicht auf Mehrwertsteuer. Dazu braucht sie keine Zweidrittelmehrheit.

Wenn die Arbeiterschaft ihre Interessen verteidigen will, dann muß sie solche und ähnliche Forderungen erheben. Nur der einheitliche Kampf, vor allem in den Betrieben, gestützt auf unsere eigene Kraft, kann uns zum Erfolg führen. ●

„Warum lernt der Bundeskanzler jetzt Griechisch?"

„Weil er mit seinem Latein am Ende ist."

VRA

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

An jedem Freitag ab 20 Uhr finden in unserem Lokal Diskussionen statt: Wien 20, Universumstraße 40. Gäste sind uns herzlich willkommen.

Telefon 33 87 774

70-Groschen-Marke

Drucksache

An die

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Postfach 3
1205 Wien

Raub

Angenommen, ein Räuber wird auf frischer Tat ertappt. Er hat noch das blutige Messer in der Hand, in seiner Jackentasche steckt die Geldbörse des Opfers, und aus seinen Tagebuchaufzeichnungen geht hervor, daß er den Raub vorsätzlich und sorgfältig geplant hat. Was tut der geschnappte Räuber nun? Bricht er unter der Last des Beweismaterials zusammen, gesteht er zerknirscht, ist er nachträglich selber entsetzt über seine eigene Tat? Nichts von alledem. Der Bursche macht große unschuldige Kinderaugen und erklärt blasiert, die Leute könnten seine gute Arbeit ja gar nicht richtig beurteilen. Außerdem, so sagt er, sei nicht er schuld an dem Raub, sondern vielmehr der große Unbekannte.

Ein Mensch, der unter solchen Umständen derart daherredet, hätte demnach noch eine einzige Chance: daß man ihn nämlich, je nachdem wie die psychiatrischen Gutachten ausfallen, anstatt ins Kittchen nur ins Irrenhaus schickt. Soweit unsere frei erfundene kriminelle Vorgeschichte, lieber Leser. Nun aber kommen wir zum eigentlichen Thema, und von dem Folgenden ist leider kein Wort mehr frei erfunden. Seit Jahren beispielsweise verliert der Schilling mehr und mehr an Wert. Der Hunderter, der heute in unserer Geldbörse steckt, hat nur noch etwa die halbe Kaufkraft des Hunderters, der vor fünf Jahren drin war. Das heißt, daß uns irgendein Langfinger unentwegt ausraubt; und die Fingerfertigkeit, mit der ihm das gelingt, nennt man Inflation. Was ist das aber eigentlich: Inflation? Ist das ein — wie die Regierung es gern hinstellt — unbedingt notwendiges Übel oder gar das Werk einer ausländischen Wirtschaftsmafia? Keineswegs. Eine Inflation besteht schlicht und einfach darin, daß ein Staat ungedecktes Geld druckt. (Etwa so, wie wenn ein Scheckbetrüger den Leuten ungedeckte Schecks ausstellt.) Wenn wir uns jetzt vor Augen halten, daß im Jahr 1968 das Geldvolumen in Österreich rund 61 Milliarden Schilling betrug, 1973 hingegen 108 Milliarden, also fast doppelt soviel, dann ist wohl klar, daß hier von einer harten Währung oder gar von der soliden Rechtschaffenheit der dafür Verantwortlichen keine Rede sein kann. Womit wir wieder zu unserer Raubersgschicht zurückkommen.

Der Finanzminister stiehlt uns die Kaufkraft. An seinen Fingern klebt noch die Farbe der druckfeuchten Banknoten, in seinem Budget steckt das Geld aus unseren Börsen, und aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, daß er diesen Raub vorsätzlich und sorgfältig geplant hat. Doch was geschieht, wenn man ihm dies vorwirft? Da macht der Bursche große unschuldige Kinderaugen und erklärt blasiert, daß ein Nichtfachmann seine Arbeit ja gar nicht richtig beurteilen könne. Außerdem sei nicht seine Finanzpolitik schuld an der Inflation, sondern die Weltwirtschaft.

Der Herr Minister wird allerdings nicht zur Rechenschaft gezogen. Es macht auch gar nichts, daß der Schilling nicht gedeckt ist. Hauptsache, er, der Minister, ist gedeckt. Und das ist er. Hinter ihm stehen nämlich die Großen vom Ballhaus- und vom Schwarzenbergplatz, und die sind sehr zufrieden mit seiner Leistung. ●

O Ich abonniere „für die volksmacht", das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark, Einzelpreis S 3,–) zum Preis von S 30,–.

O Ich abonniere die „rote garde", die Zeitschrift der revolutionären Jugend (erscheint jährlich zehnmal, meist 14 Seiten stark, Einzelpreis S 3,–) zum Preis von S 24,–.

O Senden Sie mir ein Probeexemplar der Zeitschrift „für die volksmacht".

O Senden Sie mir ein Probeexemplar der Jugendzeitschrift „rote garde".

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Name:

Anschrift:

Nummer 86a

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die **volksmacht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



9 Gebote für den Bauern

1. Bauer, Du sollst Dich nicht politisch spalten lassen! Der Kampf der Bauern gegen die Ausbeutung ist Klassenkampf. Zum erfolgreichen Klassenkampf gehört aber der Widerstand gegen alle, die uns Bauern nur als Ausbeutungsobjekt betrachten: das Industrie-, Handels- und Finanzkapital und die Bonzen aller politischen Farbrichtungen und in den diversen „bäuerlichen" Institutionen, Landwirtschaftskammern, im Raiffeisenverband und so weiter.

2. Bauer, Du sollst keinen politischen Demagogen auf den Leim gehen! Hast Du bereits erkannt, daß es das einzige „echte Anliegen" aller etablierten Parteien ist, den Unmut der ausgebeuteten Bauern in Wählerstimmen umzumünzen? Mehr Wählerstimmen bedeuten mehr Pfründen und Privilegien für diese politischen Aasgeier. Das Los der ausgebeuteten Bauernschaft ändert sich aber nicht. Nicht einmal die politischen „Bemühungen" der revisionistisch entarteten ‚K'PÖ unterscheiden sich von den „Aktivitäten" ihrer bürgerlichen Zwillingsbrüder. Wenn sich solche Parteien ‚radikal" geben, so ist das nur ein Täuschungsmanöver. Im Grundlegenden wollen und können sie gar nichts zum Nutzen der Bauernschaft ändern, denn all diesen Parteien ist ja eines gemeinsam: sie sind Agenturen des Kapitals.

3. Bauer, Du sollst lernen, daß zwischen Worten und Taten Welten liegen können! Hörst Du, wie sich Kreisky, Schleinzer und Peter förmlich mit Worten überschlagen, weiß Gott, was sie für uns Bauern tun würden, wenn, ja wenn ... Aber warum tun sie nichts? Wer hindert denn etwa die regierende SPÖ daran, eine Politik zum Nutzen der werktätigen Massen der Arbeiter und Bauern zu betreiben und zum Nachteil des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals? Und wer hindert denn die Oppositionspartei ÖVP daran, mittels der von ihr beherrschten bäuerlichen Institutionen eine bauernfreundliche Agrar- und Geschäftspolitik zu betreiben? Welch gewaltige Möglichkeiten gäbe es da, einen erfolgreichen Bauernkampf gegen die Ausbeuter zu führen! Aber der ÖVP-Bauernkrieg findet — wie es ein geflügeltes Wort so schön sagt — nur im Saale statt. Taten werden keine oder fast keine gesetzt, denn das verbieten die wahren Machthaber, die Kapitalisten.

4. Bauer, Du sollst die Arbeit Deiner „örtlichen Bauernfunktionäre" kritisch prüfen! Was leisten diese Herren eigentlich für die Bauernschaft? Ein „angenehmes Äußeres und schöne Worte", das ist uns zuwenig. Jeder Funktionär in den örtlichen Lagerhausgenossenschaften und Raiffeisenkassen macht eine klägliche Figur, wenn er sagt: „Wir können ja nichts machen, uns sind die Hände von oben her gebunden, vom Verband, von der Partei usw." Denn wenn der örtliche Bauernfunktionär etwas taugt, so wird er „denen da oben" den Kampf ansagen; zum Nutzen der bäuerlichen Sache!

5. Bauer, Du sollst den Arbeiter als Deinen Freund und Kampfgenossen betrachten! Die Arbeiterklasse ist Dein mächtigster Bündnispartner im gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung. Der Arbeiter teilt Dein Los als Ausgebeuteter.

6. Bauer, Du sollst Dich unter allen Umständen von der „Eigenbrötelei" befreien! Du sollst Dich mit allen Bauern solidarisieren, welche Kampfaktionen unternehmen gegen das Industrie-, Handels- und Finanzkapital und deren Agenturen in den vormals bäuerlichen Institutionen. Alleine bist Du zu schwach, um erfolgreich kämpfen zu können. Bäuerliche „Einzelkämpfer" werden von den Machthabern diffamiert und verleumdet, nur die Gemeinsamkeit macht stark und unangreifbar!

7. Bauer, Du sollst die Funktionäre, welche keine Kampfaktionen gegen die Ausbeuter unternehmen, als das benennen, was sie objektiv sind: zum Selbstzweck entartete Bauernführer und Funktionäre, willige, mehr oder weniger (je nach der Funktion in der Agrarhierarchie) billige Werkzeuge in den Händen der Bauernfeinde, bewußte oder unbewußte Erfüllungsgehilfen des die Bauern ausbeutenden Industrie-, Handels- und Finanzkapitals.

8. Bauer, Du sollst Dich auf Deine eigene Kraft besinnen! Wir Bauern werden nur erfolgreich sein, wenn wir vorerst unsere Feinde in den zum Selbstzweck entarteten bäuerlichen Institutionen entlarven. Diesen Leuten, die sich als Bauernführer tarnen, in Wirklichkeit aber gegen uns sind, müssen wir die Maske vom Gesicht reißen. Wir dürfen den Bauernkampf nicht von diesen Bauernfeinden sabotieren lassen, sonst verplempern wir unsere Kraft in Scheingefechten. Wir Bauern müssen unseren Kampf selbst organisieren.

9. Bauer, Du sollst Dich an einen alten proletarischen Kampfruf erinnern: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will". In Abwandlung dieses Kampfrufes der revolutionären Arbeiter rufen wir bewußten revolutionären Bauern: „Alle Mägen stehen still, wenn unser starker Bauernarm es will!"

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●

... erfreut sind.
ie bürgerliche Presse versucht, die Menchen mit dem "Chaos einer neuen Kulturevolution" zu schrecken, und die Kremlerren spucken Gift und Galle und schimpfen über "maoistischen Wahnsinn". Diese Stimmen des Klassenfeindes zeigen umso deutlicher, daß das chinesische Volk auf dem richtigen Weg voranmarschiert! ●

Nr. 86b Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML): Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 V

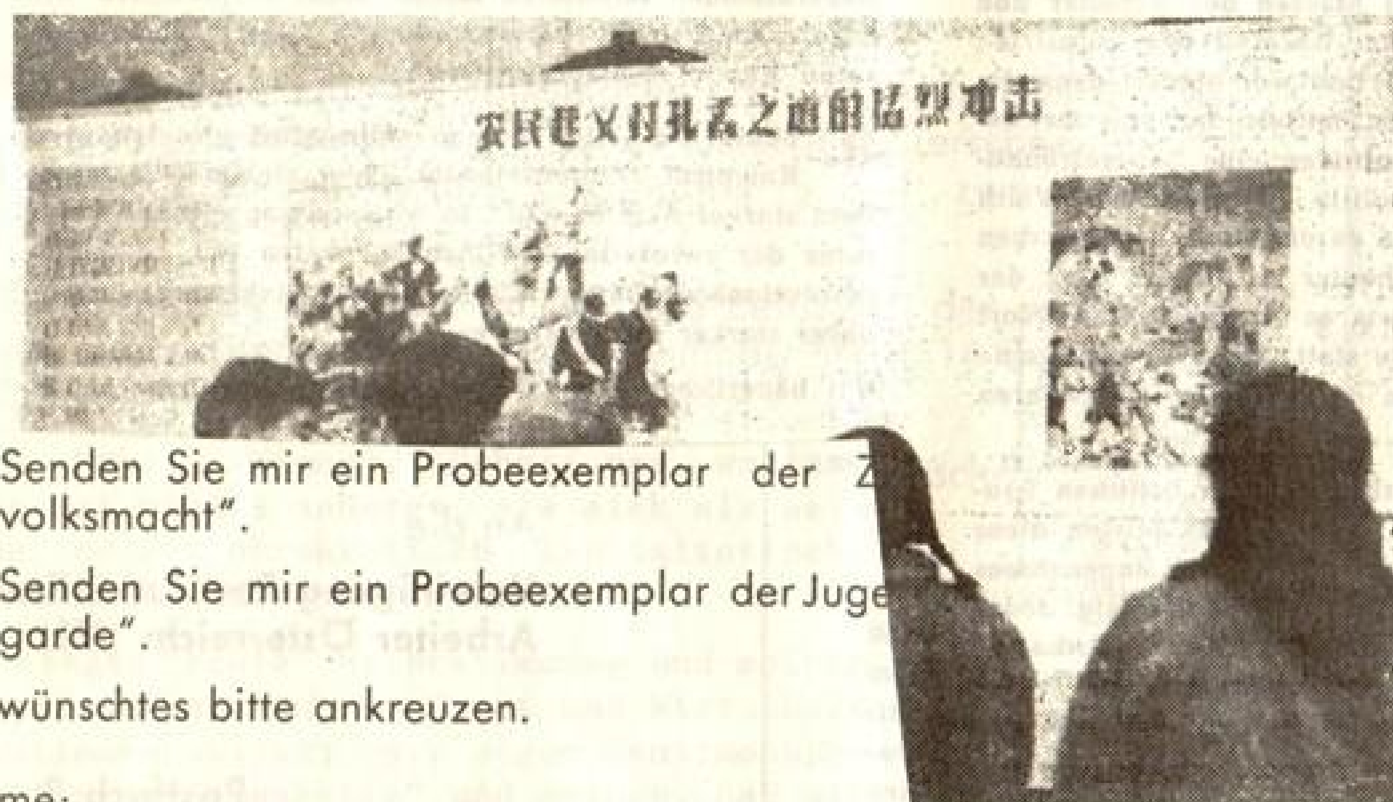
Die Kritik an Konfuzius und Lin Biao

In der Volksrepublik China entwickelt sich derzeit stürmisch der große Massenkampf zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius. In dieser bedeutenden revolutionären Bewegung versetzen die Volksmassen der Ideologie der Bourgeoisie und aller Ausbeuterklassen schwere Schläge und heben dadurch ihr revolutionäres Bewußtsein. Dieser Kampf ist von grundlegender Bedeutung, denn die reaktionären Ideen, die den Werktätigen durch Jahrtausende hindurch eingetrichtert wurden, halten sich noch sehr lange und hartnäckig im Denken der Menschen. Außerdem leben noch die Exponenten der gestürzten Ausbeuterklassen. All das schafft die Grundlage für das Aufkommen des Revisionismus und die Wiederherstellung des Kapitalismus auch nach der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Denn auch während der Diktatur des Proletariats und auch nach der vollständigen sozialistischen Umgestaltung in Stadt und Land besteht die Gefahr der Wiedererrichtung des Kapitalismus. Die Revolution ist noch keineswegs abgeschlossen, sondern sie muß unter der Herrschaft des Volkes weitergeführt werden. In der ganzen Übergangsperiode bis zum Sieg des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft geht ein erbitterter Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie vor sich. Dabei gewinnt der Klassenkampf auf ideologischem Gebiet zentrale Bedeutung. Bereits Marx und Engels haben im "Kommunistischen Manifest" erklärt: "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgang am radikalsten mit den überkommenen Ideen gebrochen wird."

Die überkommenen bürgerlichen Ideen - Egoismus, Karrierismus, Verachtung der körperlichen Arbeit, Geringschätzung der Frau, Bürokratismus usw. - bilden die Basis für das Entstehen des Revisionismus. Es besteht die Gefahr, daß sich die von den bürgerlichen Ideen "angesteckten" Funktionäre der Arbeiterklasse vom Volk loslösen und zu bürgerlichen Machthabern entarten. Und hat der Revisionismus einmal dem Volk die Macht entrissen, so bedeutet das die Wiedererrichtung der Diktatur der Bourgeoisie und des Kapitalismus. Die traurigen Erfahrungen der Sowjetunion haben dies klar und deutlich gezeigt. Bürgerliche Elemente haben dort nach dem Tode Stalins die Macht ergriffen und die Sowjetunion in ein faschistisches und sozialimperialistisches Land verwandelt.

Aufgrund dieser Erfahrungen und der Klassenkämpfe in China selbst, hat der Genosse Mao Tsetung den Marxismus durch die Lehre von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiterentwickelt. Aus den Kämpfen der chinesischen Arbeiter und Bauern kristallisierte sich die Methode heraus, wie durch die Mobilisierung der Massen der Machtantritt einer neuen bürgerlichen Schicht verhindert werden kann. Diese Methode war die proletarische Kulturrevolution, in der das chinesische Volk die Machthaber um Liu Schao-tschi stürzte und die Volksmacht festigte.



Ausstellung in der Tsinghua-Universität zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius.

Aber nach dem Sieg der Kulturrevolution spitzte sich der Klassenkampf erneut zu, und es traten abermals bürgerliche Elemente auf den Plan. Lin Biao wandte sich gegen die Weiterführung des Klassenkampfs und gegen die Festigung der Errungenschaften der Kulturrevolution und blies dabei ins gleiche Horn wie die russischen Imperialisten. Er bezeichnete das sozialistische System Chinas als "totalitär", "undemokratisch", "autoritär" und forderte für die gestürzten Klassen der Gutsbesitzer und Kapitalisten "politische Befreiung". Lin Biao attackierte alles Neue, das die Kulturrevolution hervorgebracht hatte. Nach der Kulturrevolution gingen Millionen Jugendliche mit Mittelschulbildung aufs Land, um von den Werktätigen zu lernen, den sozialistischen Aufbau zu unterstützen und dabei mitzuarbeiten, den Unterschied zwischen Stadt und Land zu verringern. Lin Biao verleumdete diese Bewegung als "versteckte Zwangsarbeit". Zugleich wandte er sich gegen die Teilnahme der Kader an der Produktion und zeigte sich dadurch deutlich als ein Vertreter jener bürgerlichen Elemente, die als Herren auf dem Rücken des Volkes reiten wollten. Um das Volk geistig zu entwaffnen und zu verdummen, griff er auf die zutiefst rückschrittlichen Ideen des Konfuzius zurück.

Konfuzius war der Philosoph der untergehenden Sklavenhalteraristokratie Chinas und lebte vor mehr als 2000 Jahren. In dieser Zeit standen die Sklavenhalter im Kampf mit den rebellierenden Sklaven und mit den neuaufkommenden Kräften des Feudalismus. Konfuzius war der geistige Verteidiger der Sklavenhalterordnung. Er träumte davon, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Ordnung der Sklaverei wiederherzustellen. Die Philosophie des Konfuzius ist daher die Verteidigung des Alten und die Bekämpfung des Neuen. Aus diesem Grunde wurde sie von allen rückschrittlichen Klassen Chinas wieder aufgegriffen und auch heute stützen sich die bürgerlichen Elemente in China auf seine Ideen. Tschiang Kai-schek ist ja bekanntlich auch ein Verehrer des Konfuzius. Alle Revolutionäre haben dagegen den Konfuzianismus immer bekämpft. So bezeichnete in den 30er Jahren der revolutionäre Schriftsteller Lu Hsün Konfuzius als einen "Heiligen, der mit dem Volk nichts zu tun hat", als einen "Schutzheiligen derer, die an der Macht sind oder nach der Macht streben."

Auch Lin Biao bediente sich des Konfuzianismus. Sein Ziel war, das sozialistische China in ein kapitalistisches Land und in eine russische Kolonie zu verwandeln. Konfuzius predigte "Menschlichkeit" gegenüber "allen", bezeichnete aber die Sklaven als "Tiere". Die "Menschlichkeit" des Konfuzius bezog sich nicht auf die Ausgebeuteten, für die er nur Verachtung empfand und die er nicht als Menschen betrachtete. Auch Lin Biao sprach von Menschlichkeit. Er meinte damit, das Volk solle die bürgerlichen Elemente nicht unterdrücken, sondern sie "menschlich" behandeln und "politisch befreien", damit sie ihre Herrschaft wiedererrichten können.

Konfuzius betrachtete die arbeitenden Menschen als "dumme Masse", die eben von angeborenen "Genies" beherrscht werden müsse. Lin Biao hielt sich für so ein "Genie" und war der Meinung, das Volk habe keinen Weitblick und brauche jemanden, der für es denkt und herrscht. Er ging also mit dem konfuzianistischen Unsinn hausieren, daß die geistig Arbeitenden regieren, die körperlich Arbeitenden aber regiert werden.

Die arbeitenden Menschen brauchen aber niemanden, der sie bevormundet, denn sie sind imstande, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Das beste Beispiel dafür ist, daß jeder, der in China die Herrschaft der Bourgeoisie wiederherstellen wollte, am Widerstand der Massen scheiterte.

Die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius entwickelt sich jetzt in die Tiefe und das Feuer der Massenkritik richtet sich gegen alle bürgerlichen Einflüsse. Es ist klar, daß die Imperialisten und die Revisionisten darüber nicht erfreut sind. Die bürgerliche Presse versucht, die Menschen mit dem "Chaos einer neuen Kulturrevolution" zu schrecken, und die Kremlherren spucken Gift und Galle und schimpfen über "maoistischen Wahnsinn". Diese Stimmen des Klassenfeindes zeigen umso deutlicher, daß das chinesische Volk auf dem richtigen Weg voranmarschiert! ●